

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/176

13. September 1973

Die Bundesrepublik in den Vereinten Nationen

Neue Dimensionen der bundesdeutschen Außenpolitik

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche Beziehungen sowie Europa- und Entwicklungspolitik

Seite 1 bis 3 / 95 Zeilen

Wichtige Teilfunktion der Friedenspolitik

Feststellungen zum Wiederbeginn der KSZE

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Verteidigung und Auswärtiges

Seite 4 bis 6 / 106 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Die Bundesrepublik in den Vereinten Nationen

Neue Dimensionen der bundesdeutschen Außenpolitik

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche Beziehungen sowie Europa- und Entwicklungspolitik

Nach der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen am 18. September wird sehr schnell deutlich werden, daß wir uns in vielen außenpolitischen Fragen nicht mehr wie bisher einer relativen Zurückhaltung befleißigen können, sondern vor den Augen der gesamten Welt Stellung beziehen müssen. Wir stehen vor der Tatsache, daß von uns ein Beitrag zur Lösung auch solcher internationaler Probleme erwartet wird, die nicht direkt mit der Region verbunden sind, in der wir uns befinden. Die Diskussion über Fragen, die die deutsche Öffentlichkeit bisher nur wenig berührt haben, werden bald zum politischen Alltagsstoff gehören. Hier ist vor allem an Probleme zu denken, die aus dem ungleichen Verhältnis von Nord und Süd, das heißt, von Industrie- und Entwicklungsländern, herrühren. Von uns wird erwartet, daß wir zur Überwindung des Nord-Süd-Konflikts einen Beitrag leisten, der über die Bekundung von Sympathie und humanitärer Anteilnahme hinausgeht.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren durch die erfolgreiche Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel erheblich an außenpolitischer Bedeutung gewonnen hat, beinhaltet die Notwendigkeit, dieses verstärkte Gewicht verantwortungsbewußt und gezielt einzusetzen, wenn es darum geht, globale Probleme einer Lösung näherzubringen. Vor einer Überschätzung unserer Möglichkeit müssen wir uns dabei selbstverständlich hüten. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern in den Europäischen Gemeinschaften und in der NATO muß dazu nicht nur aufrechterhalten, sondern weiter verstärkt werden. Wo immer möglich, sollte in diesen Gremien eine gemeinsame

Meinungsbildung herbeigeführt werden, ehe die einzelnen Mitgliedstaaten zu zentralen internationalen Fragen Stellung nehmen.

Die Festlegung einer gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft bleibt für uns nach wie vor ein essentielles Ziel. Für die Errichtung der geplanten politischen Union ist es von überragender Bedeutung, daß es uns gelingt, dieses Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen. Dabei können wir uns mit einer rein formalen Vereinheitlichung der Außenpolitik der EG-Staaten nicht zufrieden geben. Vielmehr muß sichergestellt werden, daß die grundlegenden Bedürfnisse und Verpflichtungen des westlichen Europa darin ihre Ausprägung finden. Ein konstruktives Verhältnis zur Dritten Welt muß Bestandteil dieser Politik sein, ebenso wie eine enge, auch politische Verbindung mit den USA und der Bereitschaft zur langfristigen Kooperation mit Osteuropa.

Ungeachtet dieser europäischen Dimension, auf die wir unsere Außenpolitik hin zu orientieren haben, bleibt es die Aufgabe der deutschen Bundesregierung, spezifisch deutsche Interessen zu vertreten. Insbesondere was die Verbesserung des Verhältnisses zum anderen deutschen Staat, der DDR, und die Sicherung der Existenz und der Lebensfähigkeit von Westberlin durch den im Berlin-Abkommen gestatteten Ausbau der Bindungen mit der Bundesrepublik angeht. Diese auf Deutschland bezogene Politik kann indessen nicht losgelöst von den außenpolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik betrieben werden. Es gilt gleichermaßen, die Unterstützung unserer westlichen Alliierten für diese Bemühungen zu erhalten, als auch die Bereitschaft der osteuropäischen Staaten zur Mitwirkung an dem Aufbau einer europäischen Friedensordnung weiter zu verstärken.

Interessenkollisionen sind dabei unvermeidlich. Es hat sich in letzter Zeit erwiesen, daß die sowjetische Regierung von der DDR hart bedrängt wird, keine weiteren Zugeständnisse in Bezug auf Westberlin zu machen. Auch bereits erreichte Vereinbarungen werden aus dem gleichen Grund von den osteuropäischen Staaten in einer Weise interpretiert, die den Interessen Westberlins und damit der Bundesrepublik abträglich ist. Der vorgesehene Abschluß des fundamentalen Teiles der bilateralen Ostpolitik der Bundesrepublik ist

dadurch bereits verzögert worden. So konnte bisher weder der Vertrag mit der ČSSR unterzeichnet noch diplomatische Beziehungen mit diesem Land sowie mit Ungarn und Bulgarien aufgenommen werden. Der Grund für die Verzögerung liegt in der Weigerung unserer Verhandlungspartner, einen Passus des Berlin-Abkommens so auszulegen, wie es nach unserer Meinung dem Geist und Buchstaben dieses Vertrages entsprechen müßte.

Auswirkungen auf die multilateralen Verhandlungen der KSZE und der Gespräche über ausgewogene beiderseitige Truppenreduzierung können nicht ausgeschlossen werden. Die enge Verknüpfung zwischen der Entkrampfung und Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas einerseits und den multilateralen Entspannungsbemühungen der beiden Bündnissysteme andererseits tritt dadurch wieder stärker ins Bewußtsein. Ohne unsere ostpolitische Aktivität wäre die eingeleitete Ost-West-Entspannung zumindest wesentlich verzögert worden. Die Gefahr, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt, notfalls auch ohne oder sogar gegen die Bundesrepublik, eingetreten wäre, ist von den Kritikern der Ostpolitik in unserem Land stets außerordentlich unterschätzt worden. Dieselben Kritiker versuchen gegenwärtig das MBFR-Projekt der NATO zu untergraben, indem sie ihm das Etikett einer angeblichen Neutralismus-Gefahr anheften.

Solche und andere Äußerungen führender Oppositionspolitiker lassen erwarten, daß die Bundesregierung in ihren außenpolitischen Bestrebungen weiterhin ohne die Unterstützung der CDU/CSU auskommen muß. So bedauerlich es ist, daß es unsere Opposition an der an sich selbstverständlichen konstruktiven, wenn auch kritischen Zusammenarbeit mangeln läßt: Den Koalitionsparteien bleibt keine andere Wahl, als die Last der außenpolitischen Verantwortung auch in absehbarer Zukunft allein zu tragen. Die unbestreitbare Notwendigkeit, der Durchführung der inneren Reformen größere Aufmerksamkeit zu widmen, darf in unseren Reihen keinesfalls zu einem Nachlassen des außenpolitischen Engagements führen. Es wird im Gegenteil notwendig sein, daß sich Koalitionsparteien und -fraktionen intensiver als bisher solchen internationalen Problemen zuwenden, die bisher hinter der Ost-West-Politik zurückstehen mußten.

(-/13.9.1973/ks/ex)

Wichtige Teilfunktion der Friedenspolitik

Feststellungen zum Wiederbeginn der KSZE

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestags-Ausschüsse für Verteidigung und Auswärtiges

Für diejenigen, die politisch von der Hand in den Mund leben, ist die "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" reine Zeitverschwendung. Sie meinen, daß eine Konferenz, an der 32 europäische Staaten und zwei amerikanische (USA und Kanada) teilnehmen, keine brauchbaren Ergebnisse zustande bringen könnten. Ich halte es dagegen schon für einen politischen Erfolg, daß diese Konferenz sich auf eine akzeptable Tagesordnung verständigt hat und am 18. September 1973 in Genf mit der zweiten Verhandlungsphase beginnt.

Da nach dem Konsensprinzip verfahren wird, müssen die Verhandlungsergebnisse von jedem Staat akzeptiert werden. Es läßt sich deshalb bereits jetzt voraussagen, daß auch Ergebnisse zustande kommen werden, die hinter bilateral geschlossenen Verträgen zurückbleiben und unterschiedliche Auffassungen nicht nur zwischen den Bündnissen, sondern auch quer durch alle Staaten-Gruppen (NATO, Warschauer Pakt, neutrale und ungebundene Staaten) ausgeräumt werden müssen. Die Aussichten für die Entspannungskonferenzen - KSZE und auch MBFR - sind jedoch günstiger als zu jedem anderen Zeitpunkt nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die KSZE hat eine Teilfunktion im Gesamtbereich der Friedenspolitik zu erfüllen. Die SPD/FDP-Koalition kann sich zugute halten, daß sie entscheidende Beiträge zum Zustandekommen dieser Friedenspolitik geleistet hat. Es ist uns gelungen, die Verkrampfung der undifferenzierten Ost-West-Konfrontation zu lösen. Der Dialog wurde auf eine neue Vertrauens- und Geschäftsbasis gestellt. Zwischen Ost- und Westeuropa zeichnen sich Kompromisse ab, die zur Bejahung gemeinsamer Interessen führen können, die zugleich mit hoher Priorität versehen werden.

Neue Positionen werden jedoch nur zaghaft bezogen. Die kommunistischen Staaten haben es dabei schwerer als die demokratischen. Aber bei allem Verständnis für die größeren Schwierigkeiten in Einparteienstaaten kann die Bundesregierung nicht auf die Ausgewogenheit im Vollzug der Politik verzichten, die mit den Ostverträgen und dem Berlin-Abkommen eingeleitet wurde. So ist zu hoffen, daß die zur Zeit von den Warschauer-Pakt-Staaten praktizierte Berlin-Politik nur Ausdruck zeitlich be-

grenzter Anfangsschwierigkeiten eines Umstellungsprozesses sind.

Die KSZE wird sich u.a. mit folgenden Problemen befassen:

I/ Fragen der Sicherheit in Europa. Wenn die 34 Staaten sich darauf verständigen, die vorgesehenen "vertrauensbildenden Maßnahmen" a/ vorherige Ankündigung größerer militärischer Übungen, b/ Austausch von Manöverbeobachtern und c/ Ankündigung größerer militärischer Bewegungen zu vereinbaren, dann besteht eine gute Ausgangsbasis für konkretere Abmachungen bei den MBFR-Konferenzen, die am 30. Oktober 1973 in Wien beginnen. Dort verhandeln 19 Staaten der NATO und des Warschauer Paktes über die ausgewogene und gleichzeitige Reduzierung von Truppen und Waffen in Mitteleuropa.

II/ Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik; sowie der Umwelt. Hier sollen "Vorschläge für die Entwicklung der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik" geprüft werden. Es wird an Verbesserung der Kontakte, des Informationsaustausches, des Zugangs zu neuen Entwicklungen in Wissenschaft und Technik gedacht. Auf diese Weise soll ein Beitrag "zur wirksamsten Lösung von Problemen gemeinsamen Interesses sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen" geleistet werden. Meines Erachtens müssen die Konferenzteilnehmer Entwicklungen im Rüstungsbereich in den Informationsaustausch einbeziehen.

Die MBFR-Diskussion wird seit 1968 geführt, jedoch unverantwortlich einseitig. Institute, Studiengruppen, Ministerien haben einen großen Vorrat an militärischen Reduzierungsmodellen produziert. Ich kenne keine Studien, in denen versucht wird, Verhandlungsangebote zu entwickeln, die Eingriffe in die Rüstungsforschung und Waffenbeschaffungsprogramme ermöglichen. Es ist höchste Zeit, diesen weißen Fleck zu beseitigen. Wir wissen aus Erfahrung, daß Ideen ihre Realisierungschance erst nach Jahren erhalten. Nur durch Abkommen, die Eingriffe in Rüstungsforschung und Waffenbeschaffungsprogramme beider Bündnisse ermöglichen, bekommt die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik einen Sinn.

Völlig zu recht finden wir in den Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen im Anschluß an die Vorschläge für die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik Empfehlungen für eine bessere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Umwelt. Die KSZE wurde beauftragt "Fragen... zu erörtern und ... Gebiete zu bestimmen, die für die Teilnehmerstaaten ... sich am besten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen ihnen eignen können, wie:

Schutz der Europa umgebenden Meere, der Gewässer und der Atmosphäre Verbesserung der Umwelt und der Lebensbedingungen, vor allem in den Städten; Schutz der Natur und ihrer Ressourcen". Jeder weiß, daß enorme Etatmittel benötigt werden, um diese existentielle Bedrohung zunächst wenigstens unter Kontrolle zu bekommen.

Die KSZE-Staaten werden den Erwartungen nur gerecht, wenn sie die Frage der Finanzmittelbeschaffung diskutieren. Dabei werden sich ihnen zwei Alternativen aufdrängen:

1/ Entweder Fortsetzung des Wettrüstens, d.h. Verzicht auf Eingriffe in Rüstungsforschung und Waffenbeschaffungsprogramme. Das bedeutet, daß die Verteidigungsausgaben in NATO und Warschauer Pakt auf einem unverantwortlich hohen Niveau mit der Konsequenz gehalten werden, daß die "first strike capability" den Umweltzerstörern zufällt.

2/ Oder die Staaten wagen eine qualitative Entscheidung. Dann werden wir außenpolitisch jede Anstrengung unternehmen müssen, um das zum Teil irrationale Mißtrauen zwischen den Staaten behutsam abzubauen. Es kommt darauf an, daß ein insgesamt ausgewogenes Abschlußergebnis erzielt wird. Die Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche werden auf der KSZE und MBFR-Konferenz bei SALT und im Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen geführt. Partielle Schwierigkeiten dürfen nicht als Indiz für das Scheitern dieser Politik gewertet werden.

Aus aktuellem Anlaß sei hinzugefügt:

Die Kunst der Außenpolitik besteht darin, konsequent, aber psychologisch angemessen gerade dann zu handeln, wenn Verhandlungspartner in ihren Staaten zu unmenschlichen Disziplinierungsmethoden greifen. Der lautstärkste ist nicht der erfolgreichste Außenpolitiker.
(-/ 13.9.1973/ks/ex)